

KSD - Dieburger Erklärung 2021

Corona legt Schwächen im Bildungssystem offen.

Vom 30.9. bis 2.10.2021 diskutierten Delegierte aus den Landesverbänden der KSD in Dieburg mit Vertreterinnen und Vertretern von Schulleitungen unterschiedlicher Schularten und mit Schulträgern über die aktuelle Situation von Schulen und über die bildungspolitische Lage.

In der Analyse sind sich die Delegierten einig:

Die bis heute andauernde dynamische Lage hinterlässt Spuren bei den Verantwortlichen und allen am Schulleben Beteiligten.

Im Mittelpunkt künftiger Entwicklungen muss die Stärkung der Schulen durch lokale und regionale Beratungs- und Unterstützungssysteme liegen. Insbesondere müssen im Verwaltungsbereich Ideen entwickelt und umgesetzt werden, wie Schulleitungen zeitnah bei administrativen Aufgaben unterstützt und entlastet werden können.

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung müssen bürokratische Hindernisse abgebaut sowie eine adäquate personelle und technische Infrastruktur vor Ort gewährleistet werden. Dieses ist nicht nur notwendig, um besonderen Herausforderungen präventiv zu begegnen, sondern auch um Bildung zeitgemäßer gestalten zu können.

Am Beispiel von Datenschutz und Datensicherheit wurde die Notwendigkeit deutlich, dass Digitalisierung einer eindeutigen Professionalität bedarf und Schulleitungen der Zugriff auf entsprechende Unterstützungssysteme ermöglicht wird.

Die KSD sieht sich in ihren bisherigen Forderungen im Zusammenhang mit Entwicklung und Führung multiprofessioneller Teams an Schulen bestätigt. Um erfolgreich Schule zu gestalten, braucht es hohe Kompetenz in allen schulischen Bereichen.

Unter Vermeidung bürokratischer Hürden benötigen die Schulen darüber hinaus ungehinderte Zugänge zu psychologischer, sozialpädagogischer, administrativer und gesundheitspräventiver Expertise.

In allen Bundesländern übersteigt der aktuelle Bedarf die vorhandenen Ressourcen an Lehrkräften. Kurzfristig wird der Lehrkräftemangel nicht zu beheben sein. Deshalb sollten die Bundesländer Konzepte entwickeln, wie zusätzliches Personal an den Schulen gebunden werden kann. Gleichzeitig bedarf es einer Lehrkräftegewinnung, die sich auf eine arbeitsmarktpolitisch und soziodemografisch solide erfassten Datenbasis stützt.

Abschließend stellen die Delegierten fest, dass auch während der Pandemie Schulaufsicht wirksam ist, wenn in enger Kooperation mit den Schulen Prozesse in Gang gesetzt und tragfähige Entscheidungen getroffen werden. Wenn Politik Schulaufsicht schwerpunktmäßig als Kontrollinstanz und Umsetzungsgarant sieht, verringert sich die Akzeptanz von Schulaufsicht bei Schulen und damit ihre Wirksamkeit.